



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Alfons Brandl, Karl Freller, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Mehr Lehrkräfte für Pflegeschulen gewinnen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Der Fachkräftemangel in der Pflege nimmt immer dramatischere Formen an. Wir brauchen mehr generalistisch und akademisch ausgebildete Pflegekräfte. Damit für die Zukunft ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen, müssen die Ausbildungszahlen gesteigert werden. Insbesondere bedarf es einer ausreichenden Zahl von Lehrkräften in der Pflegeausbildung.

Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, die nachfolgenden Maßnahmen und Prüfungen im Rahmen der im aktuellen und zukünftigen Haushalten vorhandenen Stellen und Mittel umzusetzen:

1. Prüfung, ob und ggf. wie eine Förderfähigkeit nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (Aufstiegs-BAföG) für examinierte Pflegekräfte, die ein Pflegepädagogikstudium aufnehmen möchten, besteht,
2. Einführung von Pflegestipendien, die es examinierten Pflegefachkräften ermöglichen, ein Pflegepädagogikstudium aufzunehmen und nach dessen Abschluss die gestiegenen Anforderungen an Pflegepädagoginnen und -pädagogen zu erfüllen,
3. etwa durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit mehr Pflegekräfte zu einem Pflegepädagogikstudium sowie dazu zu motivieren, den Schritt in die Pflegelehre zu wagen,
4. Bewerbung des neuen Anreizsystems für Träger von Ausbildungseinrichtungen, damit diese bereit sind, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Praxisanleitung einzusetzen und hierfür freizustellen,
5. Konzentriertes Bemühen der Krankenhäuser, der Pflegeeinrichtungen und der verfassten Pflegeschafft bestmöglich zu unterstützen, qualifizierte examinierte „Pflege-Aussteiger“ für eine Rückkehr in die Pflege oder auch als Pflegepädagoginnen und -pädagogen zu gewinnen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Berücksichtigung der Hochschulautonomie zu prüfen, ob weitere Standorte für Pflegepädagogik an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (bevorzugt im Norden Bayerns) und ein weiterer Standort (ebenfalls im Norden Bayerns) für Berufspädagogik in der Fachrichtung Gesundheits- und Pflegewissenschaft eingerichtet werden sollen.

Darüber hinaus bekräftigt der Landtag seine Forderung nach einer universitären Ausbildung von Pflegelehrkräften in Bayern und folglich nach einer Erweiterung der Promotionsmöglichkeiten im Bereich der Pflege.

Begründung:

Mit der Einführung der generalistischen Pflegeausbildung bedarf es spätestens ab dem Jahr 2029 akademisch ausgebildeter Pflegepädagoginnen und -pädagogen, um den Unterricht in den generalistischen Fachschulen für Pflege sowie die Praxisbegleitung der Pflegeschülerinnen und Pflegeschüler sicherzustellen. Hierzu müssen auf Seiten der Pflegenden, aber auch der Träger klare – gerade auch finanzielle – Anreize geschaffen werden. Hier bietet sich eine Ausweitung des Aufstiegs-BaföG an, das bereits für einige Fachweiterbildungen wie die Intensivpflege oder Funktionsweiterbildungen wie die Weiterbildung zur Leitung einer Pflegeeinheit im Gesundheitswesen in Betracht kommt. Auch bedarf es mehr Öffentlichkeitsarbeit, um bei den Pflegekräften für die hochschulische Ausbildung und Weiterqualifizierung zur Pflegepädagogin bzw. zum Pflegepädagogen zu werben. Träger, die sich in der Praxisanleitung engagieren, sind darin zu unterstützen. Gleichzeitig muss bei den Trägern um mehr Bereitschaft geworben werden, Pflegekräfte für das Pflegepädagogikstudium freizustellen.

Auf Basis einer fundierten und aktuellen Analyse zum Bedarf an Lehrkräften in der Pflegeausbildung sollen die gewonnenen Erkenntnisse mit den vorhandenen Studienangeboten abgeglichen werden. In diesem Zusammenhang soll die Staatsregierung eruieren, ob im Rahmen der Hochschulautonomie zusätzliche Hochschulstandorte im Bereich der Pflegepädagogik gewonnen werden können, damit die Pflegekräfte, die sich weiterbilden möchten, wohnortnah und damit auch familienfreundlich studieren können.

Die Fälle, dass Pflegeausbildungen an bestimmten Standorten in Bayern, wie beispielsweise unlängst in Bayreuth, in Ermangelung qualifizierten Lehrpersonals ausfallen, dürfen sich nicht wiederholen. Diese Fälle sind deshalb so fatal, weil jungen Leuten, die sich für den erfüllenden Beruf des Pflegenden entschieden hatten, mitgeteilt werden musste, dass wir nicht in der Lage sind, sie auszubilden. Je früher hier gegengesteuert wird, desto höher sind die Chancen, dass es uns gelingt, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten drohende humanitäre Katastrophe im Bereich der Pflege noch abzuwenden.